

Mitteilung des Senats vom 19. April 2005**Gemeinsame Entwicklungsstrategie Nord-West**

Die Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben unter Drucksache 16/566 eine Große Anfrage zu obigem Thema an den Senat gerichtet.

Der Senat beantwortet die vorgenannte Große Anfrage wie folgt:

Bremen ist das Zentrum der Region Nordwest und in enger Kooperation mit der Region verbunden. Derzeit ist eine institutionelle Zusammenarbeit der Länder und der kommunalen Ebene im Nordwesten bzw. der Region Bremen noch wenig ausgeprägt in der RAG organisiert.

Durch die Verlagerung von Aufgaben und Verantwortung auf die von den Landkreisen und kreisfreien Städten gemeinsam mit Bremen und Bremerhaven gebildete RAG und dem am 1. Januar 2002 in Kraft getretenen Verwaltungsabkommen wurde eine primär kommunal verankerte Zusammenarbeit auch vertraglich abgesichert. Aus der Gemeinsamen Landesplanung Bremen/Niedersachsen wurde die Regionale Arbeitsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen. Der Rückzug der niedersächsischen Landesebene aus der gemeinsamen Landesplanung wird durch den Bremer Senat in der Rückschau als überprüfungsbedürftig bewertet, da die kommunalen und die staatlichen Entwicklungsziele im Nordwesten oft besser in Deckung gebracht werden sollten.

In den beiden letzten gemeinsamen Kabinettsitzungen haben die Landesregierung und der Senat den Auftrag erteilt, eine gemeinsame Entwicklungsstrategie Nordwest zu erarbeiten. Die gemeinsame Konkretisierung dieses Auftrags ist noch nicht erreicht worden.

Trotz dieser Schwerpunktverlagerung bleiben Themen bestehen, in denen die beiden Länder zusammenarbeiten müssen. Aus der Sicht des Bremer Senats ist es notwendig, den Nordwestraum insgesamt zu betrachten und gemeinsame Entwicklungsvorstellungen für diese Region zu entwerfen. Aus Sicht des Senats sollte die zentrale Rolle Bremens für den Nordwesten durch die Perspektive einer Metropolregion Bremen/Oldenburg neu akzentuiert werden.

Dies vorausgeschickt, beantwortet der Senat der Freien Hansestadt Bremen die in der Großen Anfrage gestellten Fragen wie folgt. Da der Großteil der Fragen spezifische innerniedersächsische Themen betrifft (Bezirksregierung, RIS etc.), wird die Antwort der niedersächsischen Landesregierung an den Landtag als Anlage angefügt und in der Antwort des Senats an geeigneter Stelle darauf verwiesen.

1. Welche Ziele verfolgt die „Gemeinsame Entwicklungsstrategie Nord-West“? Welche Schlüsselprojekte werden aktuell verfolgt in den Bereichen
 - regelmäßige Koordinierungsgespräche auf Ressortebene der Länder,
 - Wirtschaftsforen,
 - Wachstumsregion Bremen-Niedersachsen?

Wie engagieren sich die Länder bei der Umsetzung?

Der Senat beurteilt die bisherige Arbeit an einer gemeinsamen Entwicklungsstrategie Nordwest grundsätzlich positiv. Es ist allerdings bisher noch nicht gelungen, eine von beiden Landesregierungen abgestimmte und getragene Stra-

ategie zu formulieren und dafür eine angemessene Organisation zur Umsetzung dieser Strategie für den Nordwesten zu schaffen. Die Weiterentwicklung der regionalen Zusammenarbeit in einer Metropolregion Bremen/Oldenburg wird aus Sicht des Senats eine Chance eröffnen, zur Erreichung dieser Ziele beizutragen.

Der Senat hält eine entsprechende weitere Abstimmung der staatlichen Politiken im Nordwesten für dringend erforderlich. Dabei ist mit Niedersachsen als Flächenland eine auch die Zentralität und Ausstrahlungskraft Bremens berücksichtigende Entwicklungsstrategie für den nordwestlichen Landesteil zu entwickeln. Bremen wird seinerseits die angekündigte Fortschreibung des niedersächsischen Landesraumordnungsprogramms begleiten, um bremische Anliegen und Interessen angemessen zur Kenntnis zu bringen.

2. Hält der Senat es für sinnvoll, die großräumigen Organisationen im Nordwesten, die Regionale Innovationsstrategie Weser-Ems und die Regionale Arbeitsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen, enger miteinander zu verzahnen? Wenn ja, in welcher Weise sollte dies geschehen?
3. Wie wird nach der Auflösung der niedersächsischen Bezirksregierungen die Verantwortung für die Zusammenarbeit in der Nachbarschaft zu Bremen geregelt sein? Welche Rolle werden die Regierungsvertretungen zur Stärkung und für den Zusammenhalt der Nordwest-Region einnehmen?

Der Senat unterstützt eine möglichst entschiedene Einbindung und Verpflichtung der niedersächsischen Landespolitik für eine gemeinsame Entwicklung im Nordwesten. Eine wichtige Rolle für das Engagement des Landes Niedersachsen im Nordwesten wird der neuen Regierungsvertretung in Oldenburg zukommen, die auch für die Landkreise Diepholz (Regierungsvertretung Hannover) und Osterholz, Verden sowie Cuxhaven (Regierungsvertretung Lüneburg) die Zusammenarbeit mit Bremen organisiert. Der Senat begrüßt diese „Einräumigkeit“ in Bezug auf die Zusammenarbeit der beiden Länder. Durch die Regierungsvertretung Oldenburg ist die Landesregierung weiterhin wieder direkt und künftig noch effektiver unmittelbar in der RAG vertreten. Die Einbeziehung bestimmter niedersächsischer Organisationen ist Sache des Landes Niedersachsen. Insofern wird auf die in der Anlage beigefügte Beantwortung dieser Frage durch die niedersächsische Landesregierung verwiesen.

4. Wie bewertet der Senat die Regionalisierung der Gemeinsamen Landesplanung in Form der RAG? Wie ist die Landesregierung in die Arbeit der RAG eingebunden?

Eine „Regionalisierung der Gemeinsamen Landesplanung“, die mehr Verantwortung in die Hände der Landkreise und kreisfreien Städte überträgt, ist einerseits grundsätzlich positiv, sollte aber eine entsprechend nachhaltige Einbindung der Landesebene nicht ausschließen. Diese Beteiligung der Landesebene ist sowohl durch die neue Regierungsvertretung Oldenburg als auch in Zukunft in einer Metropolregion Bremen/Oldenburg im Nordwesten zu verwirklichen.

5. In welchem Verhältnis stehen die Aufgaben und Projekte der RAG zu den kleinräumigeren Ansätzen des Kommunalverbundes, wie z. B. dem Interkommunalen Raumstrukturkonzept Region Bremen (Intra)?

Für den Senat hat im übergreifenden Rahmen der großräumigen strukturalpolitischen Zusammenarbeit im Nordwesten die stadtrregionale Zusammenarbeit im Kommunalverbund einen eigenen Stellenwert. Während in einer Metropolregion Bremen/Oldenburg die großräumige, bisher in der RAG angedachte Zusammenarbeit im Nordwesten vorangebracht werden sollte, wird auf stadtrregionaler Ebene die Bildung eines Zweckverbands angestrebt.

Unter Wahrung bremischer Interessen strebt der Senat mit Konkretisierung des Interkommunalen Raumstrukturkonzepts und Bildung eines gemeinsamen Zweckverbands für die Aufgaben Planung, Verkehr u. ä. notwendige verbindlichere Strukturen an.

6. Worin bestehen die gemeinsamen Strategien der für Tourismus zuständigen Landesressorts im Bereich Tourismus für den Nordwesten?

7. Wie bewertet der Senat die Zusammenarbeit zwischen der Bremer Touristik Zentrale und der Tourismusmarketing Niedersachsen im Hinblick auf den Ausbau der Tourismusregion Nordwest?

Der Senat bewertet die Zusammenarbeit der Landesressorts im Bereich Tourismus positiv und unterstützt die erforderliche Stärkung der Kooperation in dieser wichtigen gemeinsamen Aufgabe.

Der Senat befürwortet die Zusammenarbeit zwischen der Bremer Touristik Zentrale und der Tourismusmarketing Niedersachsen im Bereich Tourismus und verweist dazu u. a. auf die Antwort der niedersächsischen Landesregierung.

8. In welcher Weise setzt sich der Senat für eine Abstimmung bei der angekündigten Fortschreibung des niedersächsischen Landesraumordnungsprogramms mit der Region Bremen und dem Nordwesten ein? In welcher Weise ist eine kontinuierliche Abstimmung der bremischen Raumordnungspolitik mit Niedersachsen gewährleistet?

Der Senat begrüßt das Ziel der Niedersächsischen Landesregierung, die regionalen Entwicklungsziele stärker in die Landesentwicklungspolitik zu integrieren. Der Senat wird die Interessen Bremens als das Zentrum des Nordwestens (auch im Sinne der Ziele einer Metropolregion Bremen/Oldenburg) in der angebotenen Begleitung bei der Neuaufstellung des niedersächsischen Landesraumordnungsprogramms einbringen.

Dazu wird auf die Antwort der niedersächsischen Landesregierung verwiesen.

9. Wie verhält sich der Senat zur bundesweiten Debatte über „Metropolregionen“? Welche Rolle spielt dabei der Nordwesten?
10. Welche Chancen sieht der Senat für die Region Nordwest angesichts der Herausbildung der Metropolregionen um Hamburg einerseits und um Hannover/Göttingen/Braunschweig andererseits, und welche Schritte will die Landesregierung ergreifen, damit sich der Nordwesten vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen konkurrenzfähig aufstellen kann?

Nach einer ersten Herausbildung von Metropolregionen Anfang der 90er Jahre, darunter auch die Metropolregion Hamburg, in der Niedersachsen mit Hamburg und Schleswig-Holstein erfolgreich kooperiert, hat die wissenschaftliche Debatte über Metropolregionen in Deutschland in den letzten Jahren einen großen Aufschwung erfahren. Auch die Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) hat dieses Thema aufgegriffen und bereitet gegenwärtig einen Perspektivbeschluss zur Weiterentwicklung raumordnerischer Leitbilder und Handlungsstrategien vor, mit dem angestrebt wird, dass in Zukunft funktionsfähige Metropolregionen einen besonderen Beitrag

- zur Überwindung der wirtschaftlichen Schwäche,
- zur Entwicklung der Wissensgesellschaft,
- zur weiteren europäischen Integration und
- zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Regionen

leisten.

Der Senat setzt sich dafür ein, dass neben den bereits bestehenden und anerkannten deutschen Metropolregionen (Hamburg, Berlin, München, Stuttgart, Rhein-Ruhr, Rhein-Main) im Nordwesten die Metropolregion Bremen/Oldenburg durch die MKRO in den Kreis der Metropolregionen aufgenommen wird. Der Senat ist der Auffassung, dass eine solche Initiative die Kooperation zwischen Bremen und Niedersachsen und die Umsetzung gemeinsamer Entwicklungsziele befördern mit weiterer Schubkraft versehen wird.

11. Welche Aufgaben und Möglichkeiten sieht der Senat angesichts dieser skizzierten Entwicklungen für den Parlamentarischen Beirat der RAG?

Seit der organisatorischen Umgestaltung der GLP Ende der 70er Jahre hat die Mitwirkung parlamentarischer Vertreter Tradition. Die Zusammenarbeit beider Länder hat hierdurch wertvolle Impulse erhalten. Der Senat ist daran interessiert, dass der Parlamentarische Beirat auch in Zukunft die Themen der Zusammenarbeit im Nordwesten mitbearbeitet und mitgestaltet.

**Große Anfrage der Fraktionen
der CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen
vom 17. März 2005 (LT-Drs. 15/1770)**

Gemeinsame Entwicklungsstrategie Nord-West

**Antwort der Landesregierung durch den
Niedersächsischen Minister für den ländlichen Raum,
Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Hans-Heinrich Ehlen**

Hannover, den 12. April 2005

Antwort auf eine Große Anfrage

– Drucksache 15/1770 –

Wortlaut der Großen Anfrage der Fraktionen der CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen vom 17. März 2005

Gemeinsame Entwicklungsstrategie Nord-West

In der gemeinsamen Kabinettsitzung am 4. Juni 2002 haben die Landesregierungen Niedersachsen und Bremen beschlossen, „eine gemeinsame Entwicklungsstrategie zur Strukturpolitik in der Nord-West-Region zu erarbeiten, die die derzeitigen Handlungsansätze bündelt und Grundlage einer strukturpolitischen Gesamtoffensive werden kann.“

In der gemeinsamen Kabinettsitzung am 11. November 2003 fassten die Landesregierungen beider Länder den Beschluss, „die Handlungsschritte zur Stärkung dieser Region weiter zu konkretisieren und einzelne Projekte in diesem Sinne zu initiieren und vorhandene Ansätze zu verstärken.“

Für die Umsetzung dieses Beschlusses sollen

- die Abstimmung und gegebenenfalls gemeinsame Förderung von wirtschaftspolitischen Programmen/Projekten/Foren,
- die Umsetzung der im Bundesverkehrswegeplan vorgezeichneten Verkehrsbauwerke,
- die Aktivierung des Wissenschafts- und Transferpotentials,
- der Ausbau der Tourismusregion Nordwest,
- die Prüfung von Kooperationsmöglichkeiten in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

im Vordergrund stehen.

Der Parlamentarische Beirat der Regionalen Arbeitsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen und die regionalen Gebietskörperschaften haben die Erarbeitung der Entwicklungsstrategie von Beginn an begrüßt.

Die Entwicklungsstrategie wurde vor nunmehr zwei Jahren in Auftrag gegeben. Damit müssen Stärken und Schwächen sowie Erfolge und Aufgaben einer ersten Überprüfung unterzogen werden.

Wir fragen die Niedersächsische Landesregierung, genauso wie der Senat der Freien Hansestadt Bremen zeit- und inhaltsgleich gefragt wird:

1. Welche Ziele verfolgt die „Gemeinsame Entwicklungsstrategie Nord-West“? Welche Schlüsselprojekte werden aktuell verfolgt in den Bereichen
 - regelmäßige Koordinierungsgespräche auf Ressortebene der Länder,
 - Wirtschaftsforen,
 - Wachstumsregion Bremen–Niedersachsen?

Wie engagieren sich die Länder bei der Umsetzung?

2. Hält die Niedersächsische Landesregierung es für sinnvoll, die großräumigen Organisationen im Nordwesten, die Regionale Innovationsstrategie Weser-Ems und die Regionale Arbeitsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen enger miteinander zu verzahnen? Wenn ja, in welcher Weise sollte dies geschehen?
3. Wie wird nach der Auflösung der niedersächsischen Bezirksregierungen die Verantwortung für die Zusammenarbeit in der Nachbarschaft zu Bremen geregelt sein? Welche Rolle werden die Regierungsvertretungen zur Stärkung und für den Zusammenhalt der Nordwest-Region einnehmen?
4. Wie bewertet die Niedersächsische Landesregierung die Regionalisierung der gemeinsamen Landesplanung in Form der RAG? Wie ist die Landesregierung in die Arbeit der RAG eingebunden?
5. In welchem Verhältnis stehen die Aufgaben und Projekte der RAG zu den kleinräumigeren Ansätzen des Kommunalverbundes, wie z. B. dem Interkommunalen Raumstrukturkonzept Region Bremen (intra)?
6. Worin bestehen die gemeinsamen Strategien der für Tourismus zuständigen Landesressorts im Bereich Tourismus für den Nordwesten?
7. Wie bewertet die Niedersächsische Landesregierung die Zusammenarbeit zwischen der Bremer Touristik Zentrale und der Tourismusmarketing Niedersachsen im Hinblick auf den Ausbau der Tourismusregion Nordwest?
8. In welcher Weise wird die Niedersächsische Landesregierung bei der angekündigten Fortschreibung des niedersächsischen Landesraumordnungsprogramms das Land Bremen und den Nordwesten berücksichtigen? In welcher Weise ist eine kontinuierliche Abstimmung der niedersächsischen Raumordnungspolitik mit Bremen gewährleistet?
9. Wie verhält sich die Niedersächsische Landesregierung zur bundesweiten Debatte über „Metropolregionen“? Welche Rolle spielt dabei der Nordwesten?
10. Welche Chancen sieht sie für die Region Nordwest angesichts der Herausbildung der Metropolregionen um Hamburg einerseits und um Hannover/Göttingen/Braunschweig andererseits, und welche Schritte will sie ergreifen, damit sich der Nordwesten vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen konkurrenzfähig aufstellen kann?
11. Welche Aufgaben und Möglichkeiten sieht die Niedersächsische Landesregierung angesichts dieser skizzierten Entwicklungen für den Parlamentarischen Beirat der RAG?

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Ministerium für den
ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz

Hannover, den 12. April 2005

Die geografische Lage des Zweistädtestaaes Bremen im Flächenland Niedersachsen erfordert schon seit Jahrzehnten eine intensivere Abstimmung zwischen beiden Bundesländern, als sie zwischen anderen Flächenländern im föderalen System der Bundesrepublik üblich ist. Bereits 1930 einigten sich Preußen und Bremen in einem Staatsvertrag darauf, gemeinsame Probleme zu behandeln „als ob Landesgrenzen nicht vorhanden wären“.

Ein erster ganzheitlicher Kooperationsansatz ergab sich 1963 mit der Gründung der Gemeinsamen Landesplanung (GLP) Bremen/Niedersachsen, die – ausgelöst durch die lebhafteste Siedlungsentwicklung der 50er und 60er Jahre – vor allem auf die Aufgabenfelder Verkehr, Erholung, Landespflanze, Schulplanung, Wasserwirtschaft und Abwasserbeseitigung ausgerichtet war. Die Zusammenarbeit der beiden Länder wurde den jeweiligen Erfordernissen stets angepasst, so z. B. durch Gründung einer Regionalen Arbeitsgemeinschaft (RAG) als Reaktion auf die Übertragung der Regio-

nalplanungskompetenz auf die Landkreise im Zusammenhang mit der kommunalen Gebietsreform in Niedersachsen. Das im Jahre 1996 erarbeitete Regionale Entwicklungskonzept (REK) mit rund 100 Leitprojekten stellte eine wichtige Zusammenschau über die struktur- und regionalpolitischen Handlungserfordernisse in der Region dar.

Die Zusammenarbeit der Länder hat in den vergangenen Jahren durch eine gleichgerichtete Zusammenarbeit auf der gemeindlichen Ebene im Rahmen des Kommunalverbundes Niedersachsen/Bremen e. V. eine deutliche Unterstützung erfahren. Zugleich erfolgte innerhalb der GLP eine Verlagerung von Aufgaben und Verantwortung auf die von den Landkreisen und kreisfreien Städten gemeinsam mit Bremen und Bremerhaven gebildete RAG. Mit dem am 1. Januar 2002 in Kraft getretenen Verwaltungsabkommen wurde eine stärker kommunal verankerte Zusammenarbeit auch vertraglich abgesichert. Aus der Gemeinsamen Landesplanung Bremen/Niedersachsen wurde die Regionale Arbeitsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen.

Für die Abstimmung landespolitisch bedeutsamer Themen ist die Fortsetzung und Entwicklung der Zusammenarbeit beider Länder erforderlich. Hierbei ist es sinnvoll, den Nordwestraum insgesamt zu betrachten und gemeinsame Entwicklungsvorstellungen für diese Region zu entwerfen. Dabei soll hervorgehoben werden, dass in den vergangenen Jahren im „Nordwesten“ viele gute Ideen und Projekte gereift sind und teilweise bereits umgesetzt wurden. In der Regel geschah dies in den bestehenden Kooperationen (RAG, drei Strukturkonferenzen, Regionale Innovationsstrategie Weser-Ems, Regionale Innovations- und Technologietransferstrategie Lüneburg), zum Teil auch in den größeren Kooperationsräumen wie der Neuen Hanse Interregio oder dem INTERREG-Kooperationsraum Nordsee. Zur besseren Einordnung in die Landespolitik haben die beiden Länder vereinbart, die im Bottom-up-Verfahren entstandenen Ideen und Ansätze zu bündeln und strategisch auszurichten. In der Gemeinsamen Kabinettsitzung am 11. November 2003 haben die beiden Landesregierungen bekräftigt, dass die in der Anfrage genannten Politikfelder im Vordergrund ihrer Zusammenarbeit im Nordwesten stehen. Hierzu hat eine länderübergreifende interministerielle Arbeitsgruppe Nord-West Vorschläge entwickelt, über deren Grundzüge in den nachstehenden Antworten informiert wird. Eine parallele Information der RAG und ihres Parlamentarischen Beirates ist vorgesehen.

Dies vorausgeschickt, beantwortet die Landesregierung die in der Großen Anfrage gestellten Fragen – nach enger Abstimmung mit Bremen – wie folgt:

Zu 1:

Ziel der „Gemeinsamen Entwicklungsstrategie Nord-West“ ist es, die bestehenden Initiativen und Programme untereinander abzustimmen und darauf aufbauend auf eine Strategie zur Entwicklung der Region hinzuwirken. Diese Strategie hat zwei Stoßrichtungen: Zum einen sind die strukturpolitischen Potenziale innerhalb der Region festzustellen und miteinander zu vernetzen und zu fördern – u. a. durch Beratungsangebote, Bündelung von Förderungen, Kommunikation der Akteure und Verknüpfung mit weiteren Politikfeldern wie der Infrastruktur- und Wissenschaftspolitik. Zum anderen muss die Region selbst durch geeignete Werbe- und Informationskampagnen ihre Außendarstellung verbessern, u. a. durch Marketingstrategien und Nutzung moderner I+K-Medien. Damit einher geht die Stärkung der nationalen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsraumes insgesamt und seiner Teilräume.

- Regelmäßige Koordinierungsgespräche auf Ressortebene der Länder

Seit dem gemeinsamen Kabinettsbeschluss am 11. November 2003 hat sich auf der Ebene der Niedersächsischen Landesregierung und des Bremer Senats eine interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) konstituiert, in der neben der Niedersächsischen Staatskanzlei, der Bremer Senatskanzlei, dem Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, dem Niedersächsischen Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, dem Bremer Senator für Wirtschaft und Häfen, dem Bremer Senator für Bau, Umwelt und Verkehr auch die Regionale Arbeitsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen (RAG) vertreten ist. Die IMAG tagt in regelmäßigen Abständen alternierend in Hannover und Bremen.

Der Senator für Wirtschaft und Häfen und das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr haben auf Abteilungsleiterbene Abstimmungsge-

sprache über industriepolitische und strukturpolitische Themen geführt. Auf Arbeitsebene pflegen die zuständigen Wirtschaftsressorts einen ständigen Kontakt. Die wirtschaftsstrukturpolitische Zusammenarbeit der Länder Niedersachsen und Bremen ist unverzichtbar und baut auf dem langjährig guten Verhältnis zu allen Kammern der Wirtschaft und den Wirtschaftsressorts auf.

- Wirtschaftsforen

Folgende gemeinsame Wirtschaftsforen bzw. Foren mit wirtschaftspolitischen Schwerpunkten haben seit Anfang 2003 u. a. stattgefunden:

- Regionalkonferenz der RAG am 17. Januar 2003 in Bremen-Vegesack unter dem Motto „Maritimer Nord-Westen – Vision für eine Region“,
- Kongress „Zukunft Nordwest“ der Handelskammer Bremen und der Industrie- und Handelskammern Oldenburg, Osnabrück-Emsland, Ostfriesland und Papenburg, Stade und Bremerhaven am 6. November 2003 in Bremen,
- Parlamentarischer Abend am 28. Januar 2004 in Berlin unter dem Motto „Der Nord-Westen startet durch“ als gemeinsame Veranstaltung des Wirtschaftsverbandes Weser, der RAG und der Regionalen Innovationsstrategie Weser-Ems (RIS), der den Nord-Westen als maritime Zukunftsregion mit einer leistungsfähigen Infrastruktur vorstellte,
- Fachgespräch Regionalmarketing der Regionalen Arbeitsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen am 2. Juli 2004 in Verden mit Teilnehmern aus den RAG-Arbeitskreisen Wirtschaft, Tourismus und Raumstruktur,
- Regionalkonferenz der RAG am 25./26. November 2004 in Bad Zwischenahn unter dem Motto „Bestimmen Sie den Kurs Nord-West“.

Weitere gemeinsame Fachforen für ausgewählte Branchen, wie Automobilwirtschaft, Hafenwirtschaft, Logistik, Biotechnologie, Offshore Windenergie, Luft- und Raumfahrt, werden angestrebt. Dabei ist beabsichtigt, die zuständigen Akteure mit dieser Aufgabe zu betrauen.

- Wachstumsregion Bremen-Niedersachsen

Zielsetzung der Niedersächsischen Landesregierung und des Bremischen Senats für eine gemeinsame Wachstumsstrategie Bremen-Niedersachsen sind ein höheres Wirtschaftswachstum und mehr Beschäftigung im Raum Niedersachsen-Bremen. Beide Landesregierungen sind auf dem richtigen Weg, wenn sie ihre Kräfte bündeln und gemeinsam alle Erfolg versprechenden Wege ausschöpfen, um dauerhaftes Wirtschaftswachstum in der Region anzustoßen.

Die Niedersächsische Landesregierung macht ihren Landkreisen und kreisfreien Städten generell das Angebot, auf Initiative von unten kreisübergreifend und gemeinsam mit den regionalen Unternehmen in einem klar strukturierten Prozess ein individuelles Regionales Wachstumskonzept zu entwickeln. Ergebnis ist ein Bündel betriebswirtschaftlicher Projekte, welche die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Region entlang der spezifischen regionalen Wertschöpfungsketten erhöhen. Dieser Ansatz soll nun auch, wie z. B. bei der Wachstumsinitiative Süderelbe AG, an der Hamburg beteiligt ist, für eine mögliche Kooperation der beiden Länder geprüft werden.

Am 7. Dezember 2004 hat die Niedersächsische Landesregierung ihre neuen Eckwerte der regionalen Strukturpolitik für Wachstum und Arbeitsplätze vorgelegt, um die größtmögliche Wirkung eingesetzter Mittel zu erreichen. Die Eckwerte unterscheiden drei Stufen, je nach Intensität und Verbindlichkeit der Zusammenarbeit zwischen den Partnern:

Anspruchsvollste Stufe ist das Regionale Wachstumskonzept, das fünf konstitutive Elemente (Private-public-partnership, umsetzungsreife Businesspläne, interkommunale Kooperation, Projektteam, Umsetzungsorganisation) beinhaltet.

Zweite Stufe ist die Wachstumskooperation. Hier fallen, im Unterschied zu einem Wachstumskonzept, zwei konstitutive Elemente weg: Es gibt kein professionelles Projektteam mit Mitarbeitern aus Unternehmen, Verwaltung, Verbänden und Hochschulen. Darüber hinaus entfällt der Aufbau einer unternehmerischen Umsetzungsorganisation.

Die dritte Stufe bezeichnet die Wachstumsprojekte, bei denen außerdem die interkommunale Kooperation entfällt. Unabdingbare Voraussetzungen für ein Wachstumsprojekt im Rahmen der niedersächsischen regionalen Strukturpolitik bleiben die Elemente Private-public-partnership und ein jeweils umsetzungsreifer Businessplan als unverzichtbares Planungs- und Steuerungsinstrument für unternehmerisches Handeln.

Seit Jahresbeginn 2004 befinden sich die Landesregierungen von Niedersachsen und Bremen in einem intensiven Diskussionsprozess, um die Handlungsschritte zur Stärkung der Region weiter zu konkretisieren. Inzwischen haben zahlreiche Gespräche und Kontakte auf Hausleitungs- und Arbeitsebene zwischen dem Niedersächsischen Wirtschaftsministerium und dem Senator für Wirtschaft und Häfen der Freien Hansestadt Bremen stattgefunden, um den gemeinsamen Weg für die Region auszuloten, der den größten Erfolg verspricht. Welche konkrete Form der wirtschaftlichen Kooperation im Einzelfall zum Tragen kommt, richtet sich nach den regionalen Gegebenheiten vor Ort, um den wirkungsvollsten Einsatz aller Ressourcen für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze sicherzustellen.

- Weitere projektorientierte Zusammenarbeit der beiden Länder

Es existieren vielfältige, überwiegend projektorientierte Kooperationen zwischen den jeweils verantwortlichen/betroffenen Behörden und Institutionen in Bremen und Niedersachsen, in denen u. a. wirtschaftsstrukturpolitisch relevante Themen bearbeitet werden. Stark ausgeprägt ist die Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftlichen Einrichtungen und Hochschulen. Es bestehen zahlreiche Kontakte, Kooperationen und Netzwerke zwischen den niedersächsischen und bremischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Konkrete Projekte mit diversen Projektpartnern aus dem Land Bremen sind zum Beispiel:

- Die Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven setzt verschiedene konkrete Projekte mit Bremer Firmen, wie z. B. Daimler-Chrysler oder Siemens um.
- Das Forschungsinstitut Senckenberg in Wilhelmshaven kooperiert eng mit dem Fachbereich Geowissenschaften der Universität Bremen im Rahmen des DFG-Forschungszentrums „Ozeanränder“.
- Seit 1990 bestehen vertragliche Kooperationsbeziehungen zwischen den Universitäten Oldenburg und Bremen zur Abstimmung gemeinsamer Aktivitäten in Lehre, Studium, Forschung und im Dienstleistungsbereich. Herausragende Bestandteile dieser Kooperation sind das Hanse Wissenschaftskolleg und der gemeinsame Sonderforschungsbereich Neurokognition der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Die Hanse Law School als gemeinsamer rechtswissenschaftlicher Studiengang der Universitäten Bremen, Oldenburg und Groningen ist ebenso Bestandteil dieser Kooperation.
- Das Hanse Wissenschaftskolleg in Delmenhorst, eine gemeinnützige Stiftung privaten Rechts, die von den Ländern Niedersachsen und Bremen sowie der Stadt Delmenhorst geschaffen wurde und Anspruch auf laufende Finanzierung besitzt, unterstützt und fördert das überregional und international anerkannte Forschungspotential der umliegenden Universitäten und Forschungseinrichtungen im gesamten Raum Nord-West.
- Beide Länder arbeiten bei der Restrukturierung der Lehrerausbildung im Verbundprojekt „Bachelor-/Master-Strukturen in der Lehrerausbildung“ zusammen.
- In der Seefahrtausbildung auf Hochschulniveau kooperieren Bremen und Niedersachsen unter Einbeziehung der Seefahrtsschule Cuxhaven.
- Im Bereich der Windenergie arbeiten das Deutsche Windenergie-Institut GmbH (DEWI) in Wilhelmshaven, das DEWI-OCC Offshore and Certification Centre GmbH in Cuxhaven, das Kompetenzzentrum ForWind in Oldenburg intensiv mit der Windenergie-Agentur Bremerhaven/Bremen e. V. (WAB) bei der Erarbeitung eines gemeinsamen Weiterbildungsprogramms zusammen.
- Das Forschungszentrum TERRAMARE in Wilhelmshaven kooperiert im Rahmen des Projektes RENTT (Riverine, estuarine and near-coastal transport and transformation of natural organic compounds – Tracer studies) u. a. mit dem

Fachbereich Biologie/Chemie der Universität Bremen, dem Zentrum für Marine Tropenökologie in Bremen und dem ICBM (Institut für Chemie und Biologie des Meeres) der Universität Oldenburg.

- Abgeschlossen sind zwei Projekte des Forschungszentrums TERRAMARE mit dem Alfred-Wegener-Institut in Bremerhaven zu zwei Aquakultur-Vorhaben im Offshore-Bereich der Deutschen Bucht.
- Das OFFIS (Oldenburger Forschungs- und Entwicklungsinstitut für Informatik-Werkzeuge und -Systeme) arbeitet in verschiedenen Initiativen u. a. mit dem Bremer Senator für Wirtschaft und Häfen (ec-nordwest.de; EC-NOW) und der Bremer Innovationsagentur zusammen.
- Mit dem im Rahmen des EU-Programmes INTERREG IIIB geförderten Projektes REMARCC (Regional Maritime Competence Centres) soll eine regionale maritime Strategie zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von intermodalen Transporten und Informations- und Kommunikationstechnologien entwickelt werden. Eine besondere Bedeutung erlangt hierbei die Förderung der Küstenschifffahrt (Short Sea Shipping) und des Binnenschiffsverkehrs als wesentlichen Bestandteilen von intermodalen Transportsystemen. Durch mehr Interaktion und Kommunikation zwischen den Akteuren im Transport- und Logistiksektor sowie den Entscheidungsträgern soll eine höhere Effizienz der Transportkorridore und -netze in der Nordseeregion, eine Stärkung der Position von Seehäfen und Hafenregionen in intermodalen Transport- und Logistikketten sowie eine bessere Einbindung und Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien bewirkt werden. Im Rahmen des Projektes werden schwerpunktmäßig regionale Strategien für die folgenden drei Bereiche entwickelt: Logistikkompetenz, Logistikoptimierung, Logistikmarketing.
- In einer Veranstaltungsreihe zum Innovationsmanagement stellen im Jahre 2005 bremische und niedersächsische Wissenschaftler gemeinsam den mittelständischen Unternehmen aus der Region ihre Kompetenzen im Bereich Robotik, Hörforschung, Konstruktion und Fertigung, Simulation technischer Prozesse, Hafenlogistik, Ernährungswirtschaft, Hochleistungskeramik und Mikrorobotik vor.
- RegIS-Online (www.RegIS.Online.de) ist das regionale Informations-System für den Nordwesten. Die Betreuung und Weiterentwicklung des Informationssystems obliegt der regio gmbh – Institut für Regionalentwicklung und Informationssysteme an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

RegIS-Online liegt die Idee der Präsentation des gesamten Wirtschaftspotentials einer Region in einem System zugrunde. Umgesetzt wird dies Ziel durch die Kooperation der regionalen Akteure aus Wirtschaft und Verwaltung in Form eines abgestimmten Informationsaustausches und durch den Einsatz moderner Technologien. Dazu haben sich seit 1988 insgesamt 25 Landkreise und kreisfreie Städte aus Niedersachsen sowie die Städte Bremen und Bremerhaven freiwillig zusammengeschlossen. Weitere Partner sind die Wirtschaftskammern sowie regionale Verwaltungen (Bez.Reg./Regierungsvertretung). Die Finanzierung von RegIS-Online erfolgt durch die kommunalen Partner sowie durch die Einwerbung zusätzlicher Mittel für konkrete Projekte (u. a. RAG-Projekte, EU-Projekte).

RegIS-Online stellt in verschiedenen Datenbanken umfassendes Informationsmaterial zur Verfügung. So werden wirtschaftsorientierte Standortinformationen über ca. 650 Gewerbegebiete und über mehr als 6.000 Leistungsprofile innovativer Unternehmen der Region mittels komfortabler Suchabfragen präsentiert. Weiterhin stellt RegIS-Online eine Informations- und Kommunikationsplattform für die Akteure der regionalen Wirtschaftsfördereinrichtungen zur Stärkung der innerregionalen Kooperation dar und dient der Steigerung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit durch die Vermittlung von Kooperations- und Geschäftspartnern. Außerdem bietet RegIS-Online zahlreiche weitergehende Dienste für kommunale Einrichtungen der Poolpartner und weiterer Institutionen und Verbände, womit Einsparpotenziale und Synergieeffekte genutzt werden (z. B. Darstellungen teilregionaler Auswertungen).

Mit durchschnittlich 11.000 Zugriffen pro Woche belegt RegIS-Online seinen hohen Stellenwert als regionales Standortinformationssystem. Hauptnutzergruppe sind Unternehmen, die in RegIS-Online intensiv recherchieren.

Bei den gemeinsamen Infrastrukturmaßnahmen besteht folgender aktueller Sachstand:

— JadeWeserPort

Das Planfeststellungsverfahren ist eingeleitet worden. Die Erörterung der Einwendungen (2.700) ist vom 6. September bis 1. Oktober 2004 durchgeführt worden. Mit dem wasserrechtlichen Planfeststellungsbeschluss ist voraussichtlich Mitte 2005 zu rechnen. Der Grundsatz- und der Kooperationsvertrag mit der Stadt Wilhelmshaven zur Schaffung von Investorensicherheit sind im März 2004 verbindlich abgeschlossen worden. Anfang Dezember 2004 erfolgte die Auftragsbekanntmachung der Dienstleistungskonzession für den Betrieb des JadeWeserPorts im EU-Amtsblatt. Am 8. März 2005 wurde die Aufforderung an die Unternehmen zur Abgabe eines konkreten Angebotes versandt. Der Betreibervertrag soll über eine Laufzeit von 40 Jahren vergeben werden. Mit einer Inbetriebnahme des JadeWeserPorts ist für 2009/2010 zu rechnen.

— Bundeswasserstraßen: Außenweser/Unterweser

Niedersachsen hat im Jahr 2000 die Anpassung der Unterweser beim Bund beantragt. Die Unterweseranpassung ist im Vordringlichen Bedarf des BVWP enthalten. Im gleichen Jahr hat Bremen die Vertiefung der Außenweser beantragt. Für beide Vorhaben liegt der uneingeschränkte Planungsauftrag des BMVBW vor. Es ist beabsichtigt, Außenweser und Unterweser wegen des engen morphologischen und ökologischen Zusammenhanges gemeinsam zu betrachten, da die Auswirkungen der jeweiligen Teilabschnitte nicht isoliert behandelt werden können. Niedersachsen legt Wert darauf, dass beide Verfahren nicht in einem einheitlichen Planfeststellungsverfahren abgewickelt werden, sondern getrennt zwischen Unterweser- und Außenweservertiefung, um bei Verzögerungen in einem Verfahrensabschnitt das jeweils schnellere Verfahren allein weiter führen zu können.

— Bundeswasserstraßen: Mittelweser

Bei den Wasserstraßen ist die Mittelweseranpassung von großer Bedeutung für die Häfen Brake und Nordenham. Das Verfahren ist eingeleitet, wird aber bis zum Jahre 2010 dauern, bis eine durchgängige, GMS-fähige (GMS= Großmotorgüterschiff: heutiges Bemessungsschiff für die überregionalen Wasserstraßen) Verbindung hergestellt sein wird. Engpässe stellen die beiden Schleusen in Dörverden und in Minden dar, die den Verkehr mit GMS bisher verhindern. Hier soll bis spätestens zum Jahr 2010 eine durchgängige Befahrbarkeit für das GMS sichergestellt sein. Gegen den bereits ergangenen Planfeststellungsbeschluss sind noch zwei Klagen beim OVG Lüneburg anhängig. Mit einer Entscheidung wird Mitte 2005 gerechnet. Aufgrund der knappen Haushaltsmittel muss sich das Projekt in die bundesweite Prioritätenliste des BMVBW für die Wasserstraßen einreihen. Derzeit untersucht die WSD, inwieweit Zwischen-Ausbauziele mit wesentlich geringerem Mitteleinsatz erreicht werden können.

— Infrastrukturausbau Straße/Schiene

Die im Positionspapier der RAG „Der Nord-Westen startet durch“ genannten bedeutsamen Infrastrukturvorhaben sind Gegenstand der parlamentarischen Beratungen. Wichtige Verkehrsprojekte sind bereits im aktuellen Bundesverkehrswegeplan verankert. Die Länder Niedersachsen und Bremen werden in enger Abstimmung an einer zügigen Umsetzung dieses Planes arbeiten. Im Vordergrund steht dabei die bessere Erreichbarkeit der Häfen durch Ausbau und Anpassung der Zufahrten von See und der Hinterlandverkehre.

— Bundesfernstraßen: A 281/B 212

Die Antragskonferenz zum Raumordnungsverfahren hat am 22. März 2004 stattgefunden. Das Raumordnungsverfahren wird voraussichtlich Mitte 2005 eingeleitet. Angesichts der hohen Bedeutung der B 212 für die Verwirklichung der A 281, insbesondere für die privat zu finanzierende Weserquerung, ist es notwendig, den Übergabepunkt unter Beachtung der EU-Naturschutzvorgaben gemeinsam und zeitgerecht durch die Verfahren in Niedersachsen und Bremen festzulegen.

— Bundesfernstraßen: A 1 sechsstreifiger Ausbau

Der sechsstreifige Ausbau der A 1 zwischen Bremen und Hamburg ist vollständig als Pilotstrecke für ein Betreibermodell gesichert. Im Herbst 2005 wird eine Präqualifikation für die europaweite Ausschreibung stattfinden. Die notwendigen sie-

ben Planfeststellungsbeschlüsse sollen in 2005 fertig sein und der Auftrag in 2006/2007 an das Konzessionsunternehmen ergehen. Damit könnte der Bau bis Ende 2011 fertig gestellt werden.

— Bundesfernstraßen: Neubau Küstenautobahn A 22

Als durchgängige europäische Magistrale für den Straßenverkehr vom Baltikum zu den angrenzenden westeuropäischen Staaten schließt die A 22 die Lücke zwischen der sich bereits in Bau befindlichen A 20 entlang der Ostseeküste in den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein und dem vorhandenen Autobahnnetz und dessen Weiterführung in die Niederlande. Sie dient damit auch der Anbindung des zukünftigen JadeWeserPorts und aller weiteren Nordwest-Häfen an das transeuropäische Fernstraßennetz. Die Kosten der für das Raumordnungsverfahren notwendigen Untersuchungen werden zu je einem Drittel vom Land Niedersachsen, der regionalen Wirtschaft und den Landkreisen und kreisfreien Städten in der Region getragen. Letztere werden aus den Förderfonds der RAG Bremen/Niedersachsen und Hamburg/Niedersachsen unterstützt. Der Auftrag für eine Umweltverträglichkeitsstudie (UVS) wurde bereits von der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) erteilt. Das Raumordnungsverfahren wird Mitte 2008 abgeschlossen sein.

— Schienenausbau Hochgeschwindigkeitsstrecke Hamburg/Bremen–Hannover (so genannte Y-Trasse) und Wilhelmshaven/Oldenburg–Langwedel–Uelzen

Niedersachsen und Bremen haben im Zuge der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans 2003 die Projekte „Aus-/Neubau der Hochgeschwindigkeitsstrecke Hamburg/Bremen–Hannover“ (so genannte Y-Trasse) und „Ausbau der Eisenbahnstrecke Wilhelmshaven/Oldenburg–Langwedel–Uelzen“ angemeldet. Als Zwischenergebnis bleibt festzuhalten, dass beide Projekte als „Vorhaben des Vordringlichen Bedarfs“ in den Bundesverkehrswegeplan eingestellt wurden. Auf Grund massiver Mittelkürzungen des Bundes für Aus- und Neubauvorhaben, die im Ergebnis dazu führen, dass nur bereits begonnene Projekte dotiert werden, stehen nach der aktuellen Mittelfristplanung des Bundes Mittel für beide Vorhaben bis 2008 allerdings nicht zur Verfügung.

— Knotenausbau Bremen

Aufgrund der geschilderten Mittelkürzungen ist der Knotenausbau Bremen das einzige im BVWP enthaltene Schienenverkehrsprojekt der Region Nordwest, das auch in dem am 1. Juli 2004 vom Deutschen Bundestag beschlossenen Bundesschienenwegeausbaugesetz enthalten ist. Hierzu haben die Länder Bremen und Niedersachsen gemeinsam mit der DB AG Maßnahmen im Bereich Bremen-Hauptbahnhof angemeldet. Der Bund bewertet das Vorhaben grundsätzlich positiv, fordert jedoch noch einen Wirtschaftlichkeitsnachweis.

Zu 2:

Beide Landesregierungen stehen zu der in der Präambel des oben genannten Verwaltungsabkommens enthaltenen Zielsetzung, die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen bestehenden Kooperationen im Nordwestraum Bremen/Niedersachsen zu unterstützen, und zu dem in Präambel und Artikel 4 des Abkommens verankerten Auftrag an die RAG, im Rahmen eines Kooperationsverbundes Nordwest mit den benachbarten regionalen Kooperationen noch enger zusammenzuarbeiten, gemeinsam mit ihnen strukturpolitische Aktivitäten für den Nordwesten abzustimmen sowie eine wirkungsvolle Interessensvertretung nach außen herzustellen.

Zwischen der RAG, der Regionalen Innovationsstrategie Weser-Ems (RIS), der Regionalen Innovations- und Technologietransferstrategie Lüneburg (RITTS) und der Neuen Hanse Interregio (NHI) wird eine enge Zusammenarbeit der Geschäftsstellen gepflegt („Kooperationsverbund Nordwest“). Im Vordergrund steht eine themenbezogene Zusammenarbeit, die ihren Ausdruck in Gemeinschaftsprojekten findet.

Die beiden Landesregierungen beabsichtigen, die bestehende länderübergreifende, interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) zu einem schlagkräftigen „Lenkungskreis Nordwest“ weiterzuentwickeln. Eine Schlüsselrolle für die Interessenwahrnehmung des Landes wird der Regierungsvertretung in Oldenburg zukommen, die sowohl im „Lenkungskreis Nordwest“ als auch in der RAG mitwirken wird. Durch die Regierungsvertretung Oldenburg ist die Landesregierung direkt in der RAG vertreten

(siehe Ziffern 3 und 4). Die Einbeziehung von RIS wird geprüft. Mit diesen Maßnahmen kann die inhaltliche Zusammenarbeit verstärkt werden, ohne dass weitere Verzahnungen, etwa institutioneller Art, erforderlich sind.

Zu 3:

Die Landesregierung unterstützt insbesondere auch über die drei betroffenen Regierungsvertretungen in Hannover/Nienburg, Lüneburg und Oldenburg die partnerschaftliche Entwicklung und den länderübergreifenden Zusammenhalt in der Nordwest-Region. Dabei kommt der Regierungsvertretung Oldenburg aufgrund der flächenmäßig größeren Betroffenheit die Rolle eines zentralen, federführenden Ansprechpartners und eines Mittlers zwischen den regionalen Akteuren und den übrigen Landesdienststellen, insbesondere den übrigen Regierungsvertretungen, zu. Damit wird der länderübergreifende Kooperationsprozess effizienter gestaltet und die gesamtregionale Perspektive gestärkt.

Zu 4:

Die „Regionalisierung der Gemeinsamen Landesplanung“ durch Übertragung von mehr Verantwortung in die Hände der Landkreise und kreisfreien Städte wird von der Landesregierung positiv bewertet. Sie wird die kommunalen Partner der regionalen Zusammenarbeit auch weiterhin unterstützen und partnerschaftlich die in der Einleitung näher bezeichneten landespolitischen Aufgaben im Rahmen der Entwicklungsstrategie Nordwest gemeinsam mit Bremen bewältigen.

Bisher war die Landesregierung durch Vertreter der Bezirksregierungen Weser-Ems, Lüneburg und Hannover sowohl in der RAG als auch in den Facharbeitskreisen der RAG vertreten. Im Parlamentarischen Beirat der RAG ist der Staatssekretär des für Raumordnung zuständigen Ressorts als Mitglied vertreten. Zusätzlich lädt die RAG einmal jährlich zu einer Regionalkonferenz ein, zu der auch die für Raumordnung, Wirtschaft, Umwelt, Verkehr, Soziales und Landwirtschaft zuständigen Ressorts eingeladen sind. Das Raumordnungsressort wird hierbei in der Regel durch den Staatssekretär vertreten. Die Ressorts für Wissenschaft und Kultur sollen zukünftig beteiligt werden.

Um die Verzahnung mit den niedersächsischen Landesressorts künftig noch effektiver zu gestalten, soll die Regierungsvertretung Oldenburg als zentraler und federführender Ansprechpartner die Landesregierung in der RAG vertreten (Siehe Ziffern 2 und 3). Nach Bedarf stehen Ressortvertreter themenbezogen den Facharbeitskreisen oder der RAG beratend zur Verfügung.

Zu 5:

Das Projekt INTRA Region Bremen ist auf wesentliche Initiative der kreisangehörigen Städte und Gemeinden in der Region Bremen als gemeinsames Vorhaben der Regionalen Arbeitsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen (RAG) und des Kommunalverbundes Niedersachsen/Bremen e. V. entstanden und inzwischen zu einem erfolgreichen vorläufigen Abschluss gelangt: insgesamt 36 Gebietskörperschaften – neben Bremen und Delmenhorst die fünf angrenzenden Landkreise Osterholz, Verden, Diepholz, Oldenburg und Wesermarsch sowie 29 kreisangehörige Städte und Gemeinden – haben unter Federführung von Kommunalverbund und RAG seit 2001 auf freiwilliger Grundlage ein interkommunal abgestimmtes Raumstrukturkonzept mit gemeinsam entwickelten Zielaussagen für die künftige Siedlungs-, Freiraum- und Verkehrsentwicklung in der Region Bremen erarbeitet. Mit einer Ausnahme haben alle beteiligten Gebietskörperschaften das mittlerweile vorliegende INTRA-Konzept in gleich lautenden Rats- bzw. Kreistagsbeschlüssen als Orientierungsrahmen für die jeweils eigene Planung akzeptiert, die weitere aktive Mitarbeit an INTRA-Vertiefungsprojekten bekräftigt sowie den Auftrag erteilt, bis Herbst 2005 einen konkretisierten Vorschlag für verbindliche Umsetzungsstrukturen zur politischen Beratung in den kommunalen Gremien zu erarbeiten.

Die weitere Vertiefung und Intensivierung des INTRA-Prozesses soll ebenso wie künftig generell die planerische Abstimmung in der engeren Stadtregion Bremen vorrangig durch den Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e. V. erfolgen, der dazu verstärkt die Mitwirkung der angrenzenden Landkreise suchen wird. Neben dem INTRA-Projekt selber gibt es auch in anderen Bereichen eingeübte Formen der Kooperation mit den Landkreisen, wie beispielsweise dem Abstimmungsverfahren für Vorhaben des großflächigen Einzelhandels (IMAGE).

Es ist anzustreben, unter Berücksichtigung der kommunalen Willensbildung die eingeleitete stärkere Profilierung der beiden regionalen Organisationen im Bremer Raum noch weiter auszugestalten: Die RAG könnte zu dem Kernraum einer Metropolregion Bremen/Oldenburg im Nordwesten werden. Hier liegt die zentrale Aufgabe in der Vernetzung und Stärkung der vorhandenen metropolitenen Funktionen (Wettbewerbs-, Innovations-, Gateway- und Steuerungsfunktion). Die RAG sollte darüber hinaus wie bisher Nordwest-Projekte ohne feste Raumabgrenzung initiieren und in Partnerschaft mit anderen regionalen Kooperationen in geeigneter Weise zu einer gemeinsamen Außendarstellung des Nordwestens beitragen. Der Kommunalverbund sollte demgegenüber den bereits gegebenen Schwerpunkt der Zusammenarbeit in der engeren Region Bremen noch weiter verstärken und könnte zur Keimzelle eines Planungsverbandes Region Bremen werden. Voraussetzung hierfür ist die unmittelbare Mitwirkung der an Bremen angrenzenden Landkreise. Der Auftrag aus dem gemeinsamen INTRA-Beschluss, bis Herbst 2005 konkretisierte Vorschläge für verbindlichere Umsetzungsstrukturen zu erarbeiten, wird hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.

Zu 6:

Die gemeinsame Strategie für die touristische Entwicklung Bremen/Niedersachsen in dieser Region ist auf eine Zusammenarbeit im Bereich Marketing, auf eine Vernetzung von Angeboten (auch kulturellen Angeboten) unabhängig von administrativen Grenzen sowie auf die Entwicklung von innovativen Produkten aus den verschiedensten touristischen Segmenten ausgerichtet. Während Niedersachsen im Nordwesten insbesondere auf die Profilierung der Marke „Die Nordsee – Sieben Inseln – Eine Küste“ setzt, sowie vier Landkreise eine touristische Dachmarke „Ostfriesland“ zu entwickeln versuchen, verfolgt Bremen als bedeutende städtetouristische Dachmarke die Strategie des vernetzten Angebotes einer Vielzahl touristischer Attraktionen innerhalb und außerhalb seiner Grenzen.

Inhaltlich konzentriert sich die Zusammenarbeit in der Regionalen Arbeitsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen auf die Leitprojekte „Rad- und Wassertourismus im Nordwesten“.

- Im Rahmen des Projektes „Radtourismus im Nordwesten“ soll u. a. mit einer Qualitätsoffensive das radtouristische Angebot verbessert, eine vernetzte Angebotsgestaltung initiiert und eine gemeinsame Vermarktung angestrebt werden. Der Radtourismus gehört zu den Wachstumsbereichen und bietet für den Nord-West-Raum Bremen/Niedersachsen ein besonderes Entwicklungspotential. Die Landschaften und Städte der Region sind bestens geeignet für Radfahrer. In Teilräumen sind bereits sehr weit entwickelte und beschilderte Radwegenetze wie der Grüne Ring Region Bremen oder Routen wie die Sielroute vorhanden. Die Weiterentwicklung und die Vermarktung einer Radtourismus-Region Nord-West können einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Wirtschaftskraft und der Identität der gesamten Region leisten.
- Auch das Projekt Wassertourismus im Nordwesten fasst die vielfältigen regionalen Angebote zum Thema Wasser zusammen und bindet sie auch in den norddeutschen Gesamtzusammenhang ein. Der Nord-Westen verfügt über ein weit verzweigtes Netz an unterschiedlichen Wasserwegen, das von Flüssen über Kanäle bis hin zu historisch genutzten Torftransportwasserwegen und Sielen reicht. Dieses besondere Potenzial kann mit vorhandenen touristischen Bausteinen gebündelt werden. Der Wassertourismus ist ein zunehmend Erfolg versprechender Tourismussektor.
- In Zusammenarbeit zwischen Regionaler Arbeitsgemeinschaft und dem RIS-Kompetenzzentrum Tourismus besteht mit dem Projekt TourBo-Nordwest eine gemeinsame Initiative zur Qualifizierung im Tourismussektor.
- Bemerkenswert sind die Imagebroschüre „315 Grad Kurs Nordwest – Erlebnis klar voraus“ und das Themenjahr „Wasserland 2004“ der TourismusMarketing Niedersachsen.

Die genannten Themen werden im AK Tourismus der RAG mit rund 30 Akteuren aus den verschiedensten Bereichen regelmäßig bearbeitet und diskutiert.

Zu 7:

Derzeit wird die inhaltliche, strategische und organisatorische Ausrichtung der Werbegemeinschaft Deutsches Küstenland e. V. für die fünf norddeutschen Bundeslän-

der Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Niedersachsen neu konzipiert. Weiterhin arbeiten die Bremer Tourismuszentrale (BTZ) und TourismusMarketing Niedersachsen (TMN) im Arbeitskreis Tourismus der RAG im Bereich Marketing und Produktentwicklung zusammen. Ziel ist die gemeinsame Vermarktung innovativer Produkte der Region. Ein Beispiel hierfür ist die EntdeckerCard Nordwest, die seit 2002 erfolgreich am Markt ist. Die EntdeckerCard bündelt die vielfältigen touristischen Angebote der Region Nordwest. Mit ihr können innerhalb von drei Tagen 120 Freizeitangebote und der ÖPNV im Nordwesten genutzt werden. Die Karte hat eine hohe Akzeptanz bei den Gästen wie auch bei den Bewohnern der Region. Im Jahr 2004 wurden 10.878 Karten verkauft, die insgesamt 45.855 Mal eingesetzt wurden. In Zukunft sind weitere Schritte wie z. B. eine gemeinsame Internetplattform oder eine Kooperation im Bereich des Kulturtourismus denkbar, die eine sinnvolle und zielführende Synergienutzung für beide Gesellschaften erwarten lassen.

Zu 8:

Es ist Ziel der Niedersächsischen Landesregierung, die regionalen Entwicklungsziele stärker in die Landesentwicklungspolitik zu integrieren. Dieses Ziel soll sich konsequenterweise auch in der anstehenden Novellierung des Landes-Raumordnungsprogramms (LROP) niederschlagen. Die Niedersächsische Landesregierung ist in diesem Zusammenhang bereit, Kernaussagen des Raumstrukturkonzeptes INTRA (siehe Ziffer 5) und der gemeinsamen Entwicklungsstrategie Nordwest in das LROP aufzunehmen. Die jetzt anlaufende Novellierung bietet die Chance, den in der Region entwickelten und von ihr getragenen Grundsätzen und Zielen Landesbedeutsamkeit und Verbindlichkeit zu geben, damit sie Umsetzungskraft erhalten und bei allen Planungen und Maßnahmen öffentlicher Planungsträger berücksichtigt werden. Mit dieser Vorgehensweise findet eine Berücksichtigung gemeinsamer, regional getragener Ziele statt, die deutlich über das reine Abstimmungsgebot von § 8 (2) Raumordnungsgesetz (ROG) hinausgeht.

Zu 9 und 10:

Nach einer ersten Herausbildung von Metropolregionen Anfang der 90er Jahre, darunter auch die Metropolregion Hamburg, in der Niedersachsen mit Hamburg und Schleswig-Holstein erfolgreich kooperiert, hat die wissenschaftliche Debatte über Metropolregionen in Deutschland in den letzten Jahren einen großen Aufschwung erfahren. Auch die Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) hat dieses Thema aufgegriffen und bereitet gegenwärtig einen Perspektivbeschluss zur Weiterentwicklung raumordnerischer Leitbilder und Handlungsstrategien vor, mit dem angestrebt wird, dass in Zukunft funktionsfähige Metropolregionen einen besonderen Beitrag

- zur Überwindung der wirtschaftlichen Schwäche,
 - zur Entwicklung der Wissensgesellschaft,
 - zur weiteren europäischen Integration und
 - zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Regionen
- leisten.

Niedersachsen und Bremen setzen sich stark dafür ein, dass neben den bereits bestehenden und anerkannten deutschen Metropolregionen (Hamburg, Berlin, München, Stuttgart, Rhein-Ruhr, Rhein-Main) die Metropolregionen Hannover-Braunschweig-Göttingen und Bremen-Oldenburg durch die MKRO in den Kreis der Metropolregionen aufgenommen werden. Maßgeblich hierfür sind der Wille und die Mitwirkungsbereitschaft der niedersächsischen Kommunen. Wenn eine Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten die Zustimmung und Mitarbeit der betroffenen niedersächsischen Kommunen findet, wie sie sich mit der vorgesehenen gemeinsamen Resolution der regional bedeutsamen Akteure abzeichnet, wird sie auch auf die nachdrückliche Unterstützung der Niedersächsischen Landesregierung zählen können. Die Landesregierung ist dabei der Auffassung, dass eine solche Initiative die Kooperation zwischen Bremen und Niedersachsen und die Umsetzung gemeinsamer Entwicklungsziele mit weiterer Schubkraft versehen könnte.

Zu 11:

Seit der organisatorischen Umgestaltung der GLP Ende der 70er Jahre hat die Mitwirkung parlamentarischer Vertreter Tradition. Die Zusammenarbeit beider Länder hat hierdurch stets wertvolle Impulse erhalten. Die Landesregierung ist deshalb sehr daran interessiert, dass der Parlamentarische Beirat auch in Zukunft die Themen der Zusammenarbeit im Nordwesten mitbearbeitet und mitgestaltet.

Hans-Heinrich Ehlen